Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 21. Dezember 2011
Ausgabe 243
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› GWG und GEWOFAG verwalten ab Jahresbeginn über 62.000 Wohnungen – Neue Aufgaben als städtischer Immobiliendienstleister für das Kommunalreferat 2
› Jubiläumsjahr für das städtische Wohnungsbauprogramm 8
› Öffnungszeiten an Weihnachten und zwischen den Jahren im Referat für Gesundheit und Umwelt 10
› Öffnungszeiten der städtischen Kindertageseinrichtungen zum Jahreswechsel 10
› Ausstellung „Im Dschungel – Faultiere, Dschungelbuch und Wipfelforscher“ 11
› 24-Stunden-Rückgabe in der Stadtbibliothek Hadern 12
› Kindertheater „Hänsel und Gretel im Märchenwald“ 12
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 19. bis 20. Dezember 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Ramersdorfer Dorfkern – Wie kann der Ensembleschutz gewährleistet werden? 14

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **17**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 22. Dezember, 11 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Pressegespräch „Jahresvorschau 2012" mit Oberbürgermeister Christian Ude.

Wiederholung
Donnerstag, 22. Dezember, 11 Uhr, im Circus-Krone-Bau, Marsstraße
Die Elefantendame Timba überreicht Sozialreferentin Brigitte Meier 12.000 Freikarten für bedürftige Münchnerinnen und Münchner für vier Vorstellungen des Circus Krone. Seit über 40 Jahren schenkt der Circus Krone bedürftigen Münchner Kindern und Seniorinnen und Senioren Sondervorstellungen. Weit über 650.000 Bedürftigen wurde dadurch ein unvergesslicher Nachmittag im Circus Krone bereitet. Diesmal beweist die afrikanische Elefantendame Timba, dass auch tierische Schwergewichte richtig lustig sein können.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Samstag, 24. Dezember, 10.30 Uhr,
Polizeiinspektion 42, Landshuter Allee 38
Oberbürgermeister Christian Ude besucht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zwei Einrichtungen, die mit ihrer Arbeit der Versorgung und Sicherheit der Münchner Bevölkerung an Weihnachten dienen. Nach seinem Besuch bei der Polizeiinspektion 42 besucht der OB gegen 11.30 Uhr die Feuerwache 6 in der Bassermannstraße 20.

Meldungen

GWG und GEWOFAG verwalten ab Jahresbeginn über 62.000 Wohnungen – Neue Aufgaben als städtischer Immobiliendienstleister für das Kommunalreferat
(21.12.2011 Oberbürgermeister Christian Ude und Stadtdirektor Axel Markwardt vom Kommunalreferat haben heute gemeinsam mit Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG, und Dietmar Bock, Geschäftsführer der GWG, die Ergebnisse der Bündelung des städtischen Wohnungsbestandes bei den Wohnbaugesellschaften der Stadt und die anspruchsvolle Aufgabe eines zen-

tralen Immobilienmanagements durch das Kommunalreferat vorgestellt. Anlass ist der Start des Münchner Facility Managements und die zeitgleiche Übergabe eines Großteils des städtischen Wohnungsbestandes an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG zum 1. Januar 2012.

Der Redebeitrag von ***Oberbürgermeister Christian Ude*** hat folgenden Wortlaut:

„Anlass dieser Pressekonferenz ist der Übergang von rund 3.100 Wohnungen aus dem kommunalen Bestand (2.064 davon sind im Erbbaurecht gepachtete Wohnungen der ehemaligen Neuen Heimat) an unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG am 1. Januar 2012. Die Zahl der Wohnungen im Eigentum dieser Gesellschaften wird damit schlagartig auf 56.321 Wohneinheiten ansteigen, die Zahl der von ihnen verwalteten Wohnungen sogar auf über 62.000! Als Aufsichtsratsvorsitzender dieser beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften freue ich mich, dass sie damit einen absoluten Rekord ihrer Geschichte erreichen – während andere Städte ihre Wohnungsbestände ganz oder teilweise abgestoßen haben.

Übergang städtischer Wohnungen an GWG und GEWOFAG

Am 14. Dezember diesen Jahres hat der Münchner Stadtrat den Weg freigemacht, einen Großteil des bislang von der Stadt München selbst gehaltenen bzw. selbstverwalteten Wohnungsbestandes an die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG zu übertragen. Zudem übernehmen die beiden Konzerne dauerhaft die Verwaltung von 1.650 Wohnungen, die im städtischen Eigentum verbleiben, bzw. von Stiftungsanwesen.

Der eigene Wohnungsbestand der beiden Gesellschaften erhöht sich damit zum 1. Januar 2012 durch die Übertragung der kommunalen Bestände wie folgt:

	Eigener Wohnungsbestand (30.11.2011)	Zugang zum 01.01.2012	Insgesamt
GWG	22.520 WE	1.342 WE	23.862 WE
GEWOFAG (einschließlich HEIMAG)	30.699 WE	1.760 WE	32.459 WE
Summe	53.219 WE	3.102 WE	**56.321 WE**

Hinzu kommen noch **920** von der GWG verwaltete Wohneinheiten im Treuhandvermögen der MGS.

Kaufpreis

Der Kaufpreis wurde gutachterlich ermittelt. Es handelt sich immerhin um einen hohen zweistelligen Millionenbetrag. Ein Drittel davon fließt unmittelbar in den städtischen Hoheitshaushalt, während zwei Drittel von der Stadt als Sacheinlage in das Stammkapital von GWG und GEWOFAG (unmittelbar haftendes Kapital ihrer beiden 100-prozentigen Tochtergesellschaften) eingebracht werden.

Schutz der Mieterinnen und Mieter –
Bindung an das Konzept Soziale Mietobergrenzen

Die damit rund 56.300 Wohnungen der GWG und GEWOFAG unterliegen grundsätzlich dem vom Stadtrat in seiner Sitzung am 26. Juli 2006 beschlossenen Konzept der „Sozialen Mietobergrenzen" (KSM). Das KSM hat die Zielsetzung, erschwingliche, sozialverträgliche Mieten festzulegen. Die vom Gesetzgeber zugelassene maximale Mietpreiserhöhung von 20 Prozent in drei Jahren wird nicht ausgeschöpft. Wir als Stadt München haben uns darauf festgelegt, maximal 15 Prozent im gleichen Zeitraum zu erhöhen – jedoch niemals über die ortsübliche Miete hinaus! Daneben bestehen Möglichkeiten, Mieten für Familien und Einzelpersonen auch auf ein Niveau unterhalb der ortsüblichen Miete zu reduzieren, wenn die Mieter den Bedarf anhand ihres Einkommens nachweisen können. Bei Vorliegen entsprechender Einkommensgrenzen kann die Mietobergrenze (Kaltmiete) somit auf 6,25 beziehungsweise 6,75 Euro/Quadratmeter monatlich gedeckelt werden. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG leisten damit mit ihren Mietwohnungsbeständen einen wesentlichen Beitrag zur sozialverträglichen Mietgestaltung – gerade für Personenkreise und Haushalte, die sich nicht ohne weiteres am freien Markt bedienen können. An diesem Beschluss wird sich auch im Jahr 2012 nichts ändern!

Ich fordere an dieser Stelle auch den Freistaat Bayern dazu auf, bei der ihm eigenen GBW ebenfalls auf die Sozialverträglichkeit der Mieten zu achten. Es kann nicht sein, dass eine Wohnungsbaugesellschaft der Öffentlichen Hand das Maximum der gesetzlichen Mietpreiserhöhung ausschöpft! Eine 15-prozentige Erhöhung muss hier die Obergrenze sein! Der Münchner Stadtrat hat wiederholt durch Beschlüsse zum Ausdruck gebracht, dass die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15 Prozent reduziert werden soll. Die Stadt hält sich freiwillig an diese eigene Forderung. Deshalb ist es nur noch komisch, wenn die CSU in der Haushalts-Debatte allen Ernstes vorträgt, 20-prozentige Mieterhöhungen beim Freistaat seien nicht so schlimm, weil auch die städtischen Gesellschaften ihre Mietpreise um bis zu 15 Prozent inner-

halb von drei Jahren erhöhen. Es lebe der kleine wesentliche Unterschied – vor allem bei den zusätzlichen Entlastungen für bedürftige Mieter!

Weiterer Ausbau des Bestandes der städtischen Gesellschaften

Im weiteren Verlauf des Jahres 2012 planen wir noch einmal über 2.000 Wohnungen an die Wohnungsbaugesellschaften zu übertragen. Das betrifft zum Beispiel städtische Klinikwohnungen sowie Wohn-/Unterkunftsanlagen. Das bedeutet, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften 2012 gut 58.000 Wohnungen in ihrem Eigentum haben werden. Dazu kommen noch 4.200 Wohneinheiten anderer Eigentümer (einschließlich Treuhandvermögen der Landeshauptstadt), die von GWG und GEWOFAG bewirtschaftet werden. ***Insgesamt sind das deutlich über 62.000 Wohneinheiten*** und damit mehr als acht Prozent des gesamten Münchner Wohnungsbestandes von zirka 740.000 Wohneinheiten. Die Anzahl der Bewohner ist sogar noch höher, rund jeder 10. Münchner wohnt in einer städtischen Wohnung!

Vorhandenes Know-how nutzen

Ich kann aufgrund der genannten Zahlen und der jahrelangen Erfahrung der beiden Gesellschaften mit Fug und Recht behaupten, dass bei den beiden städtischen Gesellschaften unsere Profis in punkto Wohnungsverwaltung sitzen! Die beiden Konzerne konnten über die Jahre ein Know-how entwickeln, das wir nutzen wollen. Unsere Mieterinnen und Mieter werden davon profitieren, dass dort vor Ort die technischen Einrichtungen für Instandhaltung und Instandsetzung vorhanden sind und dass die Gebäude von Hausmeisterinnen und Hausmeistern betreut werden, die sich im Umgang mit den Sorgen und Nöten der Bewohner einen ausgezeichneten Ruf erworben haben. Die Konzentration bei GWG und GEWOFAG ist somit von Vorteil für beide Seiten – für die Stadt München, die die Kompetenzen der Gesellschaften nutzen kann und die ihre Mieterinnen und Mieter in bester Hand weiß, und ebenfalls für GWG und GEWOFAG, die damit ihren Bestand an Wohnungen ausbauen können.

Übrigens haben die beiden Gesellschaften im vergangenen Jahr 2010 auch Rekordgewinne erwirtschaftet (GWG 13,1 Millionen Euro und GEWOFAG 40,7 Millionen Euro Jahresüberschuss), die auf Grund eines Stadtratsbeschlusses nicht an die Stadt abgeführt, sondern wieder in wohnungswirtschaftliche Maßnahmen investiert werden.

Die Stadt baut mit Verantwortung

Wie hier sichtbar geworden ist, gewinnen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften als Instrument der kommunalen Wohnungspolitik zunehmend an Bedeutung. Zum einen weil sie innovativen Wohnungsbau fördern. Zum anderen garantieren sie bezahlbaren Mietraum in der Stadt für die einkommensschwächeren Münchner Bürgerinnen und Bürger. Sie lei-

sten dies in ihren Wohnungsbeständen und bauen jährlich rund 500 neue geförderte Wohnungen auf eigenen Grundstücken oder auf Flächen, die die Stadt an sie vergibt. ‚Familien zurück in die Stadt', ‚Wohnen im Viertel' und ‚WGplus – Wohnen in Gemeinschaft plus Service' sind nur einige der Programme, mit denen sie sich für familiengerechtes Wohnen, Wohnen für ältere Mieterinnen und Mieter, selbstbestimmtes Wohnen und den Erhalt funktionierender Nachbarschaften einsetzen. Darüber hinaus realisieren die Gesellschaften energieeffiziente Modellprojekte, verpflichten sich dem Klimaschutz und engagieren sich in der Stadtteilentwicklung. In diesem Sinne kann ich den Mieterinnen und Mietern der kommunalen Wohnungen versichern, dass sie mit unseren städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG auch in Zukunft verlässliche verantwortungsbewusste Partner an ihrer Seite haben!"

Der Redebeitrag von ***Stadtdirektor Axel Markwardt*** hat folgenden Wortlaut:

„Als städtischer Immobiliendienstleister betreut das Kommunalreferat der Stadt München ab 1. Januar 2012 rund 540 städtische Immobilien mit einer Gesamtfläche von fast zwei Millionen Quadratmetern. Dabei handelt es sich um Objekte aus vollkommen unterschiedlichen städtischen Nutzungsbereichen – von der Feuerwache bis zum Museum, vom Bunker bis zum Betriebshof. Der Wert dieser Immobilien wird auf rund vier Milliarden Euro geschätzt. Darüber hinaus betreut das Kommunalreferat auch weiterhin Objekte die bereits in seiner Verantwortung lagen, wie zum Beispiel den Campingplatz in Thalkirchen, Parkhäuser, sowie verschiedene Gewerbeobjekte und Grundstücke.

Außerdem wird das Kommunalreferat die kaufmännischen und infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen übernehmen. Das sind An- und Verkauf, Anmietung sowie Reinigung, Bewachung, Entsorgung, Hausmeisterdienste, etc.

Durch die Zentralisierung der Immobilienbetreuung sollen die Nutzerreferate von dieser nicht fachspezifischen Aufgaben entlastet werden. Technischer Dienstleister für das Kommunalreferat wird das Baureferat - Hochbau sein. Als einziges Referat bleibt das Referat für Bildung und Sport für seine eigenen Immobilien zuständig.

Ausgangssituation, Historie und Ziele der Neuorganisation des Immobilienbereichs

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Neugestaltung des Immobilienbereichs der Stadt war ein Stadtratsantrag aus dem Jahr 2004, in dem eine mittel- und langfristige Kostenreduktion durch Optimierung der Strukturen und Prozesse gefordert wurde.

Mit Beschluss vom 18. Oktober 2006 entschied sich der Stadtrat ausdrücklich gegen einen Antrag zur Privatisierung der städtischen Immobilienverwaltung. Unter der Leitung des Direktoriums wurde deshalb das Projekt Münchner Facility Management (mfm) aufgelegt.
Der Stadtrat entschied am 29. Juli 2009, das Facility Management der Landeshauptstadt München ab 2012 nach dem ***Mieter-Vermieter-Modell*** zu organisieren. Die Rahmenbedingungen sollte das stadtweite Projekt mfm (Münchner Facility Management) vorgeben. Die Ergebnisse wurden im Kommunalreferat seitdem im Laufe des Projekts kfm (Kommunalreferat Facility Management) umgesetzt.
Mit dem mfm-Projekt werden gleich mehrere Ziele verfolgt. Eine höhere Transparenz und klarere Verantwortlichkeiten sollen die Steuerung und das Controlling durch Stadtrat und Stadtspitze verbessern. Ein verbessertes Portfoliomanagement wird durch den Überblick der beiden Vermieter (Kommunalreferat und Referat für Bildung und Sport) über jeweils fast die Hälfte des städtischen Immobilienvermögens unterstützt. Die Vermieter als einheitliche Ansprechpartner für alle Mieterreferate garantieren klare Zuständigkeiten und mehr Kundenorientierung. Und nicht zuletzt ermöglicht die Bündelung auf zwei Vermieter einen flexibleren und effektiverer Einsatz der Personalkapazitäten, eine verbesserte kaufmännisch/wirtschaftliche Steuerung sowie einen besseren Überblick der beiden Vermieter über Erträge und Erlöse.
Parallel zu den Arbeiten im kfm- und mfm-Projekt entschied sich der Stadtrat im Februar 2011 für eine Neustrukturierung der städtischen Wohnungen, für die bisher das Kommunalreferat zuständig war. Dabei waren im Kommunalreferat die Verhandlungen mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu führen, um zu den erforderlichen Grundstücksübergaben zu kommen, aber auch die Vorbereitungen und Übergabe aller erforderlichen Akten, Daten und Pläne etc. mussten akribisch vorbereitet werden.

Verteilung der neuen Immobilien im Kommunalreferat

Cluster/ Kundenbereich	Standorte	Fläche in m²
Soziales	192	234.704
Kultur	87	197.904
Verwaltungsgebäude	73	663.959
Betriebshöfe	58	170.666
Friedhofsgebäude	36	73.971
Feuerwachen	42	118.658
Sonderobjekte	21	417.117
Sonst. Immo-Objekte	31	25.731
Summe	**540**	**1.902.710**

Stand 24.11.2011

Neuorganisation des Kommunalreferats ab 2012
Die Aufgabenänderungen führten zur Neuorganisation des Immobilienbereichs im Kommunalreferat. Die beiden wichtigsten Abteilungen sind künftig das ***Immobilienmanagement*** und der ***Immobilienservice.***
Die Abteilung ***Immobilienmanagement*** nimmt gegenüber den Nutzerreferaten die Vermieterrolle wahr. Sie besteht aus vier Geschäftsbereichen, die sich an den Kunden des Kommunalreferats orientieren, sowie zwei Querschnittseinheiten, nämlich der Bauherrenunterstützung und den Zentralen Aufgaben. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Nutzerreferate werden die so genannten Objektverantwortlichen sein, die für alle Belange rund um die jeweilige Immobilie zuständig sind und diese koordinieren.
In der Abteilung ***Immobilienservice*** werden die kaufmännischen Immobiliendienstleistungen (An- und Verkauf, Anmietung) sowie die Infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen (Reinigung, Bewachung, Entsorgung, Hausmeisterdienste) zusammengefasst.
Daten zum Kommunalreferat
Das Kommunalreferat, als Immobilien- und Betriebsreferat der Landeshauptstadt München, beschäftigt derzeit rund 2150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Allein 1350 davon sind im Abfallwirtschaftsbetrieb München AWM tätig. Das Finanzvolumen für das Jahr 2012 beträgt voraussichtlich insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro (einschließlich der Eigenbetriebe). Im Kommunalreferat wird derzeit ein Immobilienvermögen von rund 2,5 Milliarden Euro organisiert."

Jubiläumsjahr für das städtische Wohnungsbauprogramm
(21.12.2011) In der im Referat für Stadtplanung und Bauordnung angesiedelten Münchner Wohnungsbauförderung sind in diesem Jahr zwei Jubiläen zu verzeichnen – so bestehen die im Jahr 1996 eingeführten Förderprogramme München Modell-Eigentum und -Genossenschaften nunmehr bereits seit 15 Jahren; im Jahr 2001 folgte das Förderprogramm München Modell-Miete, welches sich zwischenzeitlich seit zehn Jahren bewährt hat.
Im Rahmen dieser Förderprogramme konnten seit ihrem Bestehen 114 Wohnungsbauvorhaben mit insgesamt 3.132 Wohneinheiten realisiert werden (75 Vorhaben mit insgesamt 1.846 Wohneinheiten im München Modell-Eigentum, sechs Vorhaben mit insgesamt 119 Wohneinheiten im München Modell Genossenschaften und 33 Vorhaben mit insgesamt 1.167 Wohneinheiten im München Modell Miete). Die Stadt hat dabei bislang

mehr als 150 Millionen Euro für die Grundstücksförderung und fast 50 Millionen Euro an Darlehen aufgewandt.
Wohnen in München – sei es in der eigenen Wohnung oder aber zur Miete – ist auf Grund der hohen Grundstückspreise teuer. Mit dem München Modell hat die Landeshauptstadt München ein erfolgreiches Förderprogramm zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum entwickelt. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass sich Durchschnittsverdiener auf dem Wohnungsmarkt schwerer tun als Besserverdienende einerseits und Sozialwohnungsberechtigte andererseits. Dabei leistet es einen erheblichen Beitrag, die stets angespannte Situation auf dem Münchner Wohnungsmarkt zu entschärfen.
Das München Modell-Eigentum ermöglicht durch günstige Kaufpreise und zusätzliche staatliche Finanzierungshilfen (Bayerisches Zinsverbilligungsprogramm und Darlehen aus dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm) vor allem Haushalten mit Kind(ern) und mittlerem Einkommen, die in München oder dem Umland wohnen und arbeiten, bezahlbares Wohneigentum in München zu erwerben (Variante Selbstnutzung) oder zu mieten (Variante Kapitalanlage).
Der Ansatzpunkt des Programms liegt bei der Grundstücksförderung. Städtische Grundstücke werden zu festen, lageunabhängigen Verkaufspreisen in der Regel nach Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens mit Auswahlbeschluss an Bauträgerinnen und Bauträger, Baugemeinschaften oder auch Genossenschaften mit entsprechenden Bindungen und Auflagen vergeben. Diese errichten darauf Wohneigentum und verkaufen es zu festen, von der Stadt festgelegten Preisen an berechtigte Selbstnutzerinnen und Selbstnutzer oder Kapitalanlegerinnen und Kapitalanleger beziehungsweise bauen für ihre Mitglieder.
Das München Modell-Miete wurde im Rahmen des Wohnungspolitischen Handlungsprogramms „Wohnen in München III“ im Jahr 2001 mit einer zweifachen Zielsetzung eingeführt. Zum einen sollte der Mietwohnungsbau in München, der seinerzeit fast zum Erliegen gekommen war, neue Impulse erhalten. Zum anderen sollte in Zeiten stark steigender Mieten auch für die davon besonders betroffenen mittleren Einkommensgruppen ein bezahlbares Wohnungsangebot geschaffen werden.
Im Rahmen des München Modells-Miete bietet die Landeshauptstadt München Wohnungsbauinvestoren verbilligte Grundstücke und städtische Baudarlehen an. Die eingesetzten städtischen Mittel kommen dann über günstige Anfangsmieten und langfristig nur maßvolle Mietsteigerungen gänzlich den Miethaushalten zugute.

Mit der Vergabe von Grundstücken an Bauträgerinnen und Bauträger, Genossenschaften und Baugemeinschaften in der Messestadt Riem (4. Bauabschnitt) sowie in der ehemaligen Funkkaserne (zwischen Frankfurter Ring und Domagkstraße) wird die Stadt im kommenden Jahr die Voraussetzung dafür schaffen, dass auch weiterhin ein attraktives Angebot an München Modell-Wohnungen zur Verfügung steht.

Öffnungszeiten an Weihnachten und zwischen den Jahren im Referat für Gesundheit und Umwelt

(21.12.2011) Während der Weihnachtstage und zwischen den Jahren ist der Parteiverkehr des Referats für Gesundheit und Umwelt in folgenden Bereichen eingeschränkt:

- Das Bauzentrum München (Willy-Brandt-Allee 12) ist von Samstag, 24. Dezember, bis Sonntag, 1. Januar, geschlossen.
- Das Meldewesen des Sachgebiets Infektionshygiene/Medizinalwesen (Bayerstraße 28a) ist am Dienstag, 27. Dezember, nachmittags geschlossen.
- Die Sprechstunde der Gesundheitsberatung im Hasenbergl (Wintersteinstraße 14) ist von Dienstag, 27. Dezember, bis Donnerstag, 5. Januar, geschlossen.
- Schulärztliche Sprechstunden (Bayerstraße 28a) finden von Dienstag, 27. Dezember, bis Donnerstag, 5. Januar, nicht statt.
- Die staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen (Bayerstraße 28a) ist von Dienstag, 27. Dezember, bis Freitag, 30. Dezember, nachmittags nicht erreichbar. Die Anmeldezeiten an den Vormittagen bleiben von 9 bis 12 Uhr unverändert.

Öffnungszeiten der städtischen Kindertageseinrichtungen zum Jahreswechsel

(21.12.2011) Für die städtischen Kindergärten, Kooperationseinrichtungen und Horte gilt während der Weihnachtsferien die so genannte „Bedarfsöffnung". Das heißt, dass die Kinder je nach Betreuungsbedarf der Eltern in jeweils einer Einrichtung eines Kindergarten- beziehungsweise Hortbezirks zusammengefasst werden. Diese Regelung bezieht sich nur auf städtische Einrichtungen, nicht auf die Einrichtungen anderer Träger.
Von den 24 städtischen Tagesheimen an Grundschulen sind 21 an den Werktagen während der Weihnachtsferien komplett geöffnet. Die unten genannten Tagesheime sind wie folgt geschlossen:

- Städtisches Tagesheim Hochstraße: 28. bis 30. Dezember
- Städtisches Tagesheim Pfeuferstraße: 2. bis 5. Januar
- Städtisches Tagesheim Theodor-Heuss-Platz: 27. bis 28. Dezember

Ausstellung „Im Dschungel – Faultiere, Dschungelbuch und Wipfelforscher“

(21.12.2011) Im Kinder- und Jugendmuseum München im Hauptbahnhof, Arnulfstraße 3, Seitenflügel Starnberger Bahnhof, ist bis 4. November 2012 die Ausstellung „Im Dschungel – Faultiere, Dschungelbuch und Wipfelforscher“, eine interaktive Ausstellung für Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren, zu sehen. Dunkel, grün, undurchdringlich, wild und gefährlich, eine Welt mit eigenen Gesetzen – so stellt man sich den Dschungel vor, obwohl die meisten noch nie dort waren. Schon immer lockte und ängstigte der Dschungel die Menschen. Einerseits erschien er ihnen wie ein letztes Stück vom Paradies, andererseits wie eine „grüne Hölle“. Kein Wunder, dass sich um den Dschungel die abenteuerlichsten Geschichten ranken. Seefahrer brachten früher solche Geschichten mit nach Europa und zahlreiche Expeditionen starteten, um die unbekannten Welten zu erforschen.

Bis heute haben viele Menschen die fantastischsten Vorstellungen vom Dschungel, auch wenn sie ihn noch nie betreten haben. Meist stammen diese Bilder aus Filmen im Kino oder im Fernsehen. Wie es zu diesen Bildern kam und kommt – das zeigt diese Ausstellung.

Ausgerüstet mit einem Expeditionstagebuch erforschen die Kinder und Familien nicht nur die bunte Pflanzen- und Artenvielfalt der Tropenwälder, sondern haben auch die wunderbare Gelegenheit, seltene Berufe, wie die des Tiertrainers oder Wipfelforschers, kennen zu lernen. Medial und spielerisch informiert die interaktive Ausstellung rund um den Lebensraum Dschungel. Sie macht auch auf die dramatischen Entwicklungen durch Ausbeutung und Abholzung aufmerksam und zeigt bereits den kleinsten Museumsbesuchern auf, wie man sich für den Schutz der tropischen Regenwälder einsetzen kann.

Fünf Cent pro Eintrittskarte helfen mit, im Ausstellungsjahr eine Vorschule im peruanischen Urwalddorf Alto Sandoveni zu finanzieren. Der Eintritt kostet 4,50 Euro, bei Gruppen ab zehn Personen 3,50 Euro. Die Familienkarte kostet 11,50 Euro.

Die Ausstellung ist werktags von 14 bis 17.30 Uhr, am Wochenende, an Feiertagen und in den Ferien von 11 bis 17.30 Uhr geöffnet. Montags ist die Ausstellung immer geschlossen sowie vom 24. bis 26. Dezember, am 31. Dezember und am 1. und 2. Januar.

Die Präsentation in München wurde ermöglicht durch die Projektpartner TÜV SÜD Stiftung und Referat für Gesundheit und Umwelt sowie durch die freundliche Unterstützung des Pädagogischen Instituts/Referat für Bildung und Sport und des Deutschen Kinderhilfswerks.

24-Stunden-Rückgabe in der Stadtbibliothek Hadern
(21.12.2011) Die Stadtbibliothek Hadern, Guardinistraße 90, 81375 München, Telefon 1 89 37 99-0 kann einen neuen Service anbieten. Ausgeliehene Medien können nun am Verbuchungsautomaten rund um die Uhr zurückgegeben werden. Um in das Haus zu gelangen, muss man lediglich den Ausweis an die Ausweisschablone zwischen den Briefkästen neben der Eingangstüre halten. Wenn der Summer ertönt, kann die Türe geöffnet werden.

Kindertheater „Hänsel und Gretel im Märchenwald"
(21.12.2011) Am Donnerstag, 22. Dezember, 16 Uhr, findet in der Black Box im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, ein cross-mediales Kindermusical des Unfugtheaters für Kinder von vier bis zehn Jahren statt: Bei „Hänsel und Gretel im Märchenwald der Gebrüder Grimm" begegnet dem Geschwisterpaar auf seiner Reise durch den dunklen Wald nicht nur die böse Hexe, sondern auch weitere Märchengestalten wie Rumpelstilzchen, Aschenputtel oder die sieben Zwerge. Gemeinsam mit dem Publikum kommt es dann zum großen „Happy End". Es spielen und singen die Schauspielerinnen und Musicaldarstellerinen Yvonne Hotz und Claudja Porpaczy. Zum Einsatz kommen gewöhnliche und ungewöhnliche Instrumente wie Klavier, Cello, Gitarre, Ukulele und eine singende Säge.
Der Eintritt beträgt für Kinder 8 Euro, für Erwachsene 12 Euro.
Das Unfugtheater möchte mit seinen Projekten Kinder kreativ und spielerisch an den Umgang mit digitalen Medien heranführen. Die Veranstaltung wird gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München. Nähere Informationen unter *www.unfugtheater.de*.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 19. bis 20. Dezember
(21.12.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Montag, 19. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 565 Fahrzeuge: 377
Streuguteinsatz:
Salz: 119,3 t Splitt: 473,8 t
Kosten des Einsatztages: 266.432,72 Euro
Dienstag, 20. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 791 Fahrzeuge: 627
Streuguteinsatz:
Salz: 344,0 t Splitt: 1.003,5 t

Kosten des Einsatztages: 407.332,04 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 9
Bisherige Einsatztage: 41
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2011/2012: 2.748.571,49 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 21. Dezember 2011

Ramersdorfer Dorfkern – Wie kann der Ensembleschutz gewährleistet werden?
Anfrage Stadträtin Beatrix Burkhardt (CSU) vom 23.8.2011

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 23.08.2011 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Planungsreferat wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

Der Landesdenkmalrat hat die Entscheidung darüber, ob der Ramersdorfer Ortskern weiter in der Ensembleliste bleiben kann, bis Anfang 2012 zurückgestellt. Allerdings bestünde seitens der Stadt offensichtlich die Anschauung, was 30 Jahre gedauert habe, bedürfe keiner Eile. Mit dieser Einstellung sei der Ensembleschutz des Ramersdorfer Dorfkerns ernsthaft gefährdet.

Frage 1:
Wie gedenkt die Stadt, den Anforderungen des Landesdenkmalrates nachzukommen?

Antwort:
Der Ortskern Ramersdorf ist ein Teilbereich des Sanierungsgebietes „Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße". Ein wesentliches Ziel und Teil des Integrierten Handlungskozeptes ist die Neuordnung und Aufwertung des Ortskernes Ramersdorf, insbesondere unter Beachtung und im Hinblick auf den Ensembleschutz.

Zur Umsetzung wurde in den vergangenen Jahren eine „Machbarkeitsstudie zur städtebaulichen Neuordnung des Ortskerns Ramersdorf" erarbeitet. Mit Stadtratsbeschluss vom 22.09.2010 wurden die Ergebnisse der Studie sowie Qualitätsmerkmale für eine Umsetzung und Vorschläge für das weitere Vorgehen beschlossen. Die Sicherung des Ensembles ist ein wesentlicher Bestandteil der Qualitätsmerkmale. Neben der Berücksichti-

gung der Ziele Verkehr, Bebauung und Lärmschutz, Grünordnung, Fuß- bzw. Radwegenetz und Infrastruktur sollen hierzu konkret die vorhandenen Baudenkmäler einschließlich des Anwesens Aribonenstraße 22 und die Sichtachsen zur Wallfahrtskirche Maria Ramersdorf erhalten bleiben. Anzustreben ist ferner die Schaffung eines Dorfplatzes und weiterer Orte mit Aufenthaltsqualität für alle Bevölkerungsgruppen zur Aufwertung des öffentlichen Raums, die Anbindung an die anschließenden Siedlungsbereiche und die Wiedersichtbarmachung des historischen Wallfahrtsweges von der Stadtpfarrkirche St. Peter nach Ramersdorf.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wurde mit o.g. Beschluss beauftragt, in einem ersten Schritt die Öffentlichkeit im Rahmen eines Workshops in die Planung einzubinden und im Anschluss ein konkurrierendes Plangutachten durchzuführen. Dieses Plangutachten hat zum Ziel, ein umsetzbares, konsensfähiges Konzept zu erhalten, zur Sicherung und Stärkung des historischen Ortskerns.

Der Verwaltungsvollzug einschließlich der denkmalpflegerischen Fachberatung wird zudem intensiv im Sinne des Erhalts des Ensembles ausgerichtet.

Frage 2:
Welche konkreten Schritte sind in 2011 geplant, um die noch offenen Punkte zu klären?

Antwort:
Die o.g. Bürgerbeteiligung wurde am 09.04.2011 durchgeführt. Die Qualitätsmerkmale für eine Umsetzung der Neuordnung des historischen Ortskerns Ramersdorf wurden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert. Ein wesentlicher Diskussionspunkt war die vorgeschlagene Verkehrsführung der Rosenheimer Straße. Aus diesem Grund untersucht das Referat für Stadtplanung und Bauordnung daher noch vor dem ursprünglich Ende 2011 geplanten Plangutachten Varianten für die Neuordnung des Verkehrs. Ziel ist es, die unterschiedlichen Varianten der Verkehrsführung im Bereich des Ortskerns Ramersdorf hinsichtlich ihrer verkehrlichen Auswirkungen auch auf die beiden Ensembles „Mustersiedlung“ und „Dorfkern“ und der generellen Machbarkeit hin zu untersuchen.

Aber auch Belange des Denkmalschutzes und der Stadtgestalt mit einer Vielzahl von Vorschlägen wurden eingebracht, diskutiert und dokumentiert.

Die Anregungen, Empfehlungen und Bedenken werden durch die zuständigen Fachdienststellen derzeit auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft.

Zur laufenden Information der Bevölkerung über das Projekt Ortskern Ramersdorf wurde auch eine Internetseite (*www.ortskern-ramersdorf.de*) eingerichtet.

Frage 3:
Wie sieht die Zeitschiene hierfür bis Januar 2012 aus?

Antwort:
Es ist geplant, die o.g. Untersuchung des Verkehrs bis Anfang 2012 abzuschließen. Diese Verkehrsuntersuchung bildet eine Grundlage für das o.g. Plangutachten, welches im folgenden zeitnah durch die Abteilung Stadtsanierung unter Beteiligung der betroffenen Fachstellen durchgeführt werden soll. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung wird zudem über die aktuelle Entwicklung zu den Dorfensembles, insbesondere zu den gefährdeten Ensembles „Aubing“ und „Ramersdorf“ und den getroffenen bzw. zu treffenden Aktivitäten noch in 2011 informiert.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 21. Dezember 2011

Toiletten an der Isar
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Boesser, Christiane Hacker, Bettina Messinger, Alexander Reissl, Heide Rieke und Birgit Volk (SPD)

Neue Gefahren für die Zukunft der Klinikum München GmbH?
Anfrage Stadträte Michael Kuffer und Josef Schmid (CSU)

Anträge des Seniorenbeirats
Antrag Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU)

Wie steht es um die Freiwilligendienste in München?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Sicherheitskräfte auf dem Oktoberfest
Anfrage Stadträtin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen)

Dringende Modernisierung im BSZ Deroystraße angehen!
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Nachgefragt: Sinti und Roma in München – Zahlen, Probleme
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Ulrike Boesser
Stadträtin

Heide Rieke
Stadträtin

Birgit Volk
Stadträtin

Bettina Messinger
Stadträtin

Christiane Hacker
Stadträtin

21.12.2011
AT_Toiletten_Isar_2011_12_21.odt

Toiletten an der Isar

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Naherholungsbereich der Isar den Bestand und Bedarf an Toilettenanlagen zu prüfen und dem Stadtrat ein entsprechendes Nutzungskonzept vorzulegen. Die besonderen Anforderungen an die Situation im Hochwasserbett und im Landschaftsschutzgebiet sind dabei zu berücksichtigen.

Dabei sollen die städtischen, staatlichen und kirchlichen Isaranrainer wie z.B. das Müller'sche Volksbad, das Deutsche Museum oder die Lukaskirche mit eingebunden werden.

Außerdem soll geprüft werden, ob bestehende und geplante Kioske um eine Toilette ergänzt werden können. Auch Gastronomiebetriebe in der Nähe der Isarauen könnten eingebunden werden. Die WC-Öffnungszeiten sollten an die Öffnungszeiten der angeschlossenen Institutionen, Kioske oder Gastronomiebetriebe angelehnt sein, um eine gewisse Aufsicht und die notwendige Sauberkeit zu gewährleisten.

Gegebenenfalls sollen diese Toiletten wie auch die bestehenden Toiletten an den U-Bahnstationen Max-Weber-Platz, Fraunhoferstraße (Reichenbachbrücke) und Thalkirchen Tierpark sowie die Toilette im S-Bahnhof Isartorplatz (Ludwigsbrücke) in Isarnähe in das - noch zu erstellende - Beschilderungskonzept für die Isar aufgenommen werden. Ergänzungen der Beschilderung sollten möglich sein.

Begründung:

Durch die Renaturierung ist die Isar bei Münchnerinnen und Münchnern sowie bei Besuchern noch beliebter geworden. Die starke Nutzung macht auch ein Angebot an Toiletten notwendig. Zwar hat das Baureferat zahlreiche Mobiltoiletten im Isarbereich aufgestellt, die meisten Menschen nehmen diese Art von Toiletten aber nur sehr ungern an. Zusammen mit den Isaranrainern könnte die Situation verbessert werden.

gez.
Alexander Reissl
Stadtrat

gez.
Ulrike Boesser
Stadträtin

gez.
Heide Rieke
Stadträtin

gez.
Christiane Hacker
Stadträtin

gez.
Bettina Messinger
Stadträtin

gez.
Birgit Volk
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Josef Schmid **Michael Kuffer**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
21.12.11

Neue Gefahren für die Zukunft der Klinikum München GmbH?

Wie am 19.12.11 in der Presse berichtet wurde, werden zu Zeit auch alle Baupläne der StKM, die zur Umsetzung anstehen, vom Revisionsamt kritisch analysiert. Oberbürgermeister Ude spekuliert, „ ob da nicht viele Traumtänzereien dabei seien“. Vor allem in Harlaching, wo ein 266 Mio. € teurer Neubau anstehe, „habe sich einiges angehäuft“. Weiter meint Ude, er könne sich vorstellen, dass einige Pläne der Prüfung nicht standhalten. Zudem müsse man die Größe der vier Hauptstandtorte in Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach und Schwabing hinterfragen. Aufgeben will der Oberbürgermeister keines der Krankenhäuser – aber vielleicht Teile der Immobilien vermieten, „zum Beispiel an niedergelassene Ärzte“.

Angesichts der Tatsache, dass der Münchner Stadtrat am 26.01.11 den Teilersatzneubau am Klinikum Harlaching beschlossen hat, der Bayerische Ministerrat am 19.07.11 das Klinikum Harlaching in das Jahreskrankenhausprogramm 2013 aufgenommen sowie 74,49 Mio. € bereitgestellt hat und die Arbeiten für den 1. Bauabschnitt ab 2012 geplant sind, fragen wir:

1. Wie kommt der Oberbürgermeister zu der Bewertung, dass sich beim Teilersatzneubau Klinikum Harlaching „einiges aufgehäuft habe“, obwohl erst im Januar der entsprechende Stadtratsbeschluss – auch mit seiner Stimme – gefasst wurde?

2. Was bedeutet der Baustopp konkret für
   a) den Stadtratsbeschluss vom 26.01.11 und
   b) die Aufnahme in das Bayerische Jahreskrankenhausprogramm 2013?

3. Wird die zugesagte staatliche Förderung in Höhe von 74,45 Mio. € dadurch gefährdet?

4. Wie wurden bzw. werden die von der Stadt bereitgestellten Mittel für Investitionsförderung i.H.v. 127 Mio. € verwendet?

5. Was steckt hinter der Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Größe der vier Hauptstandorte hinterfragt werden muss? Wird ein erheblicher Bettenabbau in Erwägung gezogen?

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzende

Michael Kuffer, Stadtrat

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

Dr. Reinhold Babor

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
21.12.11

Anträge des Seniorenbeirats

Die Verwaltung sorgt dafür, dass die mit Mehrheit angenommen Anträge des Seniorenbeirats dem Stadtrat bzw. den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden.

Begründung:
Aufgrund der Bedeutung des Seniorenbeirat, dessen Mitglieder von der Bevölkerung der über 60-Jährigen gewählt werden und dieser Bevölkerungsanteil bei ca. 325.000 liegt und weiter steigen wird, ist es dringend notwendig, dass der Stadtrat über deren Anliegen informiert wird. Dieser Informationsfluss ist auch als Beitrag zum „Seniorenpolitischen Programm“ und zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns 2012 und Solidarität zwischen den Generationen“ zu werten. Er dient auch dazu, die Arbeit des Seniorenbeirats zu unterstützen.

gez.
Dr. Reinhold Babor, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Priv. Harthauser Str. 103; 81545 München Fax: 64 72 20; e-mail: R.Babor@gmx.de internet www.Dr-Babor.de

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.12.2011

Anfrage:

Wie steht es um die Freiwillgendienste in München?

Am 1. Juli 2011 startete der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) und trat somit an die Stelle des Zivildienstes, der mit dem Aussetzen der Wehrpflicht zum 30. Juni 2011 wegfiel. Seither fallen die Bilanzen über den Erfolg des Freiwilligenengagements höchst unterschiedlich aus. Der Presse und den Meldungen des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend (BFSFJ) ist zu entnehmen, wie außerordentlich erfolgreich der neue Bundesfreiwilligendienst anläuft: laut BFSFJ sind die ca. 90.000 Zivildienststellen jedoch durch gerademal 35.000 BFD Stellen ersetzt worden, zusätzlich zu den bestehenden 35.000 Stellen für Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). Entsprechend klingen die Rückmeldungen aus der sozialen Szene in München. Viele der ehemaligen Zivildienststellen blieben unbesetzt, ein Teil der bisher von Zivis erbrachten Leistung und Arbeit wird von hauptamtlichen Kräften kompensiert, ein großer Teil der Arbeit bleibt liegen. Es wird vermutet, dass sich die Situation derzeit noch nicht so drastisch darstellt wie sie eigentlich ist, da durch den doppelten Abiturjahrgang einige junge Menschen im Bundesfreiwilligendienst „geparkt“ sind, weil sie keinen Studienplatz bekommen haben.

Aber nicht nur die geringe Nachfrage nach und Besetzung von Bundesfreiwilligendienststellen stellt die betroffenen Einrichtungen vor massive Herausforderung, sondern auch der freiwillige Aspekt des Dienstes. Während der Zivildienst ein Pflichtdienst war und Zivildienstleistende somit weisungsgebunden, ist der BFD ein rein auf Freiwilligkeit basierender Dienst. Freiwillige wollen aber nicht unbedingt jede Arbeit verrichten. Dadurch sind BFDlerInnen in der alltäglichen Arbeit der betroffenen Einrichtungen und Institutionen oft nicht auf die gleiche Weise einsetzbar wie es Zivis waren. Desweiteren gab es beim Zivildienst eine feste Anzahl von Dienstmonaten, bei den Freiwilligendienste ist die Dauer flexible (6-24 Monate). Ein Zivi erhielt ein Sold von ca. € 500,-, beim BFD wird ein Taschengeld gezahlt, weitere Leistungen wie Fahrtkosten oder Wohngeld kann der Träger auf freiwilliger Basis zahlen, es sind aber weder Heilfürsorge noch Familienheimfahrten vorgesehen. Soldatinnen und Soldaten erhalten ohnehin mehr Geld als BFDlerInnen. Aus Sicht der BFDlerInnen ist dieser neue Freiwilligendienst v.a. durch die geringe Bezahlung nicht sonderlich attraktiv und zielt wie auch das FSJ eigentlich auf junge Menschen, da sich niemand sonst wirklich ein solches Engagement leisten kann.

Es scheint nach wie vor sinnvoll und notwendig, die freiwilligen Dienste in München auf solide Beine zu stellen und sich über ein mögliches Anreizsystem Gedanken zu machen. Um etwaigen Handlungsbedarf zu eruieren bedarf es jedoch einiger Daten und Fakten. Dies sollen zunächst bei exemplarisch ausgewählten Verbänden, Einrichtungen, Initiativen und Institutionen in stichprobenartiger Form untersucht und dem Stadtrat dargestellt werden.

Wir fragen daher:

1.) Wie schätzen die Münchner Institutionen, Verbände, Einrichtungen und Initiativen wie die Alten- und Service Zentren, Kindergärten, Träger der Freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, offene Kinder- und Jugendarbeit, Behindertenarbeit etc. die Situation nach Wegfall des Zivildienstes ein?

a.) wieviele BFD-Stellen fehlen bzw. wieviele ehemalige Zivistellen konnten nicht umgewandelt oder besetzt werden?

b.) Welche Erfahrungen haben sie in der Zwischenzeit gemacht?

c.) Welchen Problemen und Widerständen sind sie begegnet?

2.) Wie kompensieren die Einrichtungen, Initiativen und Verbände, die bei ihrer Arbeit bislang durch Zivildienstleistende untersützt wurden, den Verlust der Zivildienstleistenden? Wie haben sie ihre Arbeit umgestellt bzw. welche Alternativen haben sie ausprobiert?

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Siegfried Benker

Gülseren Demirel

Jutta Koller

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 21.12.2011

Anfrage

Sicherheitskräfte auf dem Oktoberfest

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder massive Beschwerden über das Verhalten von Sicherheitskräfte auf dem Oktoberfest. Dabei wurde aber auch deutlich, dass die Arbeitsbedingungen für die Sicherheitskräfte äußerst unbefriedigend sind.

Daher frage ich die Stadtverwaltung:

1. Wie viele Unternehmen werden für den Sicherheitsdienst auf dem Oktoberfest beauftragt?
1.1. Bei wie vielen Unternehmen werden die Aufträge an wie viele Subunternehmen weitergegeben?

2. Nach welchen Tarifen werden die Sicherheitskräfte bezahlt?
2.1. Wie wirkt sich die Vergabe von Aufträge an Subunternehmen auf die Bezahlung der Sicherheitskräfte aus?
2.2. Wie stellen sich die realen Verdienste (Euro/Stunde) bei den Sicherheitskräften in Generalunternehmen, Subunternehmen, bei Anwerbungen außerhalb Bayerns dar?

3. Welche Schulungen müssen Sicherheitskräfte vor dem Dienstantritt auf dem Oktoberfest absolvieren?
3.1. Bestehen Standards für die Schulungen, die für alle Unternehmen verpflichtend sind und um welche Standards handelt es sich?

4. Werden von den einzelnen Firmen und deren Mitarbeiter Zuverlässigkeitsprüfungen verlangt und wenn ja, welche Inhalte haben diese Prüfungen?

5. Nach welchen Rahmenbedingungen (Schulungen, General- oder Subunternehmen, Tarife) werden Sicherheitskräfte für Veranstaltungen der LH München beauftragt.

Initiative:
Lydia Dietrich
Mitglied des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 21.12.2011

Antrag: Dringende Modernisierung im BSZ Deroystraße angehen!

Dem Stadtrat wird der Stand der Planungen für die Modernisierung des Berufsschulzentrums Deroystrasse dargestellt. Für die erforderliche Erweiterung wie für die Erneuerung des Aufzugs sollen verbindliche Zeitpläne vorgelegt werden. Auch die Einbeziehung der Personalvertretung in diese Planungen soll dargestellt werden.

Begründung:
Das Berufsschulzentrum Deroystrasse müsste dringend erweitert und erneuert werden. Schon seit mehreren Jahren wird seitens der Schule wie seitens der Personalvertretung darum gerungen, und bereits seit Sommer 2007 gibt es die Zusage, es werde demnächst etwas geschehen. Seitens der Metallberufsschulen liegt die Bedarfsplanung seit diesem Zeitpunkt vor. Dennoch sind selbst Teillösungen nicht in Sicht. So darf der für den barrierefreien Zugang, aber auch für den unabdingbaren Transport von Maschinen erforderliche Aufzug schon seit 2008 nur noch deshalb weiterbetrieben werden, weil bei jeder Prüfung zugesichert wird, ein Neubau stünde unmittelbar bevor. Auch über den Zustand der Toilettenanlagen gibt es dauerhafte Beschwerden, was bei einer Anlage, die zum großen Teil vom Beginn des vergangenen Jahrhunderts stammt, nicht wirklich überrascht.
Das Berufsschulzentrum Deroystraße liegt in der Nähe der Hackerbrücke und damit geradezu ideal, um den mittlerweile sehr angewachsenen Schulsprengel zu betreuen, und es gibt keine Anzeichen, dass die bisher stets hohe Auslastung zurückgeht. Das Problem wird sich also keinesfalls von alleine lösen.
Die Landeshauptstadt München ist für ihr Engagement gerade im Bereich der beruflichen Bildung bekannt. Um diesem Ruf gerecht zu werden, muss aber in allen Bereichen ein zeitgemäßer Unterricht möglich sein. Ohne entsprechende Maßnahmen ist dies im Berufsschulzentrum Deroystraße in Frage gestellt.

Initiatorin:
Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
21.12.2011

Nachgefragt: Sinti und Roma in München – Zahlen, Probleme

In der mit Datum vom 21.10. ausgefertigten Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Fragestellers vom 15.09. gibt sich das Kreisverwaltungsreferat relativ zugeknöpft. So werde, heißt es in der Antwort, die „Zahl der nach München neu zugewanderten Sinti und Roma aus Bulgarien und Rumänien (...) vom Kreisverwaltungsreferat nicht erfaßt“. Ebenso lägen dem Referat für Bildung und Sport „keine speziellen Erkenntnisse hinsichtlich Schulpflichtverletzungen bei Sinti und Roma“ vor. Im Widerspruch zu dieser Feststellung enthält allerdings die Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 07846 des Sozialreferats unter der Überschrift „Projekt Sinti und Roma“ sehr wohl aussagekräftige Zahlen zu den nachgefragten Gegenständen. So heißt es dort (S. 3):

■ „Ein knappes Drittel der Personengruppe [gemeint sind in München lebende Sinti und Roma; KR] unterliegt der allgemeinen Schulpflicht, verweigert aber zu 80 % den Schulbesuch. Der verbleibende Personenkreis hat zu 66 % keinen Schulabschluß.“

■ Außerdem seien von Januar 2010 bis Mai 2011 „insgesamt 35 Personen“ im Rahmen einer „Intensivbetreuung“ betreut worden;

■ zudem wende sich das Projekt „Sinti und Roma“ „überwiegend an in München ansässige Sinti und Roma. Viele von ihnen leben im Münchner Norden, 52 % der Zielgruppe im Projekt sind weiblich.“ (ebd. S. 2).

Hier ergibt sich Nachfragebedarf.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Wie viele Sinti und Roma halten sich nach aktuellem Kenntnisstand der Stadt derzeit in München auf? Wie entwickelte sich diese Zahl seit 2006?

2. Wie viele Sinti und Roma werden derzeit – überschlägig – im Rahmen der in der KVR-Antwort vom 21.10. genannten „Reihe von Projekten“ betreut, „die hilfebedürfti-

b.w.

ge Menschen aus Bulgarien und Rumänien zur Existenzsicherung und bei akuten Notlagen betreuen und von der Landeshauptstadt München mehrheitlich auch finanziell unterstützt werden“?

3. Welcher Anteil – überschlägig – der in München lebenden Sinti und Roma wird derzeit (Stand: Ende 2011) im Rahmen des „Projekts Sinti und Roma“ in irgendeiner Weise betreut, gefördert, als „Kunden“ geführt und/oder beraten?

4. Unter der Überschrift „Intensivbetreuung“ heißt es in der genannten Sitzungsvorlage aus dem Stadtjugendamt: „Ein Jugendrichter am Amtsgericht und ehemaliger Jugendstaatsanwalt weist darauf hin, daß das ‚Projekt Sinti und Roma‘ die einzige ausbildungsbezogene Weisung in München sei, die von den Angehörigen der Volksgruppe akzeptiert und damit durchsetzbar sei“ (!) (ebd. S. 3). Welche anderen „ausbildungsbezogenen Weisungen“ kämen außerdem noch für die „Angehörigen der Volksgruppe“ in Frage, werden aber nicht akzeptiert? Was wurde stadtseitig versucht, um die Akzeptanz ausbildungsbezogener Weisungen bei der in Rede stehenden Volksgruppe zu befördern? Mit welchen Ergebnissen?

5. Anlage 1 der genannten Sitzungsvorlage führt unter Punkt 6 „Kontakte und Themenschwerpunkte“ im Rahmen des „Projekts Sinti und Roma“ auf, für 2011 allerdings nur für das 1. Quartal – wie entwickelte sich die Kontaktzahl im restlichen Jahr 2011 (Vergleichszahl 2010 gesamt: 2945)?

6. Da genauere Fallzahlen im Stadtjugendamt offenbar bekannt sind: wie viele schulpflichtige Angehörige der Volksgruppe der Sinti und Roma halten sich derzeit (Stand: Ende 2011) in München auf, von denen „80 Prozent den Schulbesuch“ verweigern?

7. Welche Fallzahlen zur Verweigerung des Schulbesuches durch schulpflichtige Sinti und Roma sind dem Stadtjugendamt oder anderen Institutionen bekannt?

Karl Richter
Stadtrat